

# Schwerpunkt „Deutscher Liberalismus und Bismarck“

*Joachim Scholtyseck*

## Bismarck und der Liberalismus in der neueren Historiographie

Im Jahr 1970 kam der von Michael Stürmer herausgegebene, 1977 sodann in zweiter Auflage erschienene Sammelband „Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918“ heraus. Wirft man heute einen Blick in diese Aufsatzsammlung, kommt es einem Eintauchen in eine merkwürdige, versunkene Welt gleich: eine deutsche Nabelschau, fast ausschließlich auf das Bismarckreich und die Innenpolitik konzentrierte Debatten, Auseinandersetzungen über „Bonapartismus“, den „Primat der Innenpolitik“, „Feudalisierung“ der Rittergutbesitzer und zahlreiche andere damals hochmoderne Reizwörter. Was dort über das Verhältnis zwischen Bismarck und den Liberalen formuliert wurde, ist heute, wo zahlreiche Bezüge verloren gegangen sind, bisweilen nur schwer zu entziffern. „Dieses Sanskrit“<sup>1</sup> fordert heutigen Bismarck-Interessierten einiges an Fähigkeit ab, wenn sie den Inhaltskern der damaligen Debatten erfassen und verstehen wollen.

Diese Spezialdiskussionen mit ihren Seitendebatten hängen damit zusammen, dass sich Generationen von Forschern vornehmlich mit dem Blick auf Versäumnisse und Schattenseiten an Bismarck und dem Liberalismus seiner Zeit abgearbeitet haben. Dass die von Helmuth Plessner geprägte These von der „verspäteten Nation“ zum geflügelten Wort geworden ist, belegt diesen Befund überdeutlich.<sup>2</sup> In jüngster Zeit zeichnen sich jedoch bemerkenswerte Beurteilungsveränderungen sowohl für Bismarck wie auch für den Liberalismus und seine Protagonisten ab, was zweifellos darin begründet ist, dass der europäische bzw. „transnationale“ Kontext stärker beachtet wird. Um diese über Nuancen hinausgehenden veränderten Fragestellungen zu konstatieren,

1 Die Formulierung wird von Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001, S. 389, mit Blick auf manche Theoriedebatten der 1970er Jahre verwendet.

2 Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Frankfurt am Main 1998<sup>6</sup>.

reicht schon die Konsultation der konzeptionellen Neu-Edition, die von der Otto-von-Bismarck-Stiftung als „Neue Friedrichruher Ausgabe“ der Gesammelten Werke Bismarcks herausgegeben wird. In ihr werden zahlreiche bislang ungedruckte Dokumente wiedergegeben, die in der „klassischen“, in den 1920er- und 1930er Jahren erschienenen Ausgabe fehlen. Die Neu-Edition bildet daher auch zahlreiche Perspektivwechsel der Forschung ab, die in den letzten Jahrzehnten stattgefunden haben.

Noch in der bis heute maßgeblichen Bismarck-Biographie warnte Lothar Gall im Jahr 1980 davor, die Geschichte vor allem der späteren Bismarck-Zeit als eine „Erfolgsgeschichte“ zu schreiben. Gerade in der Innenpolitik habe es „stets neue Versuche der Instrumentalisierung“ gegeben, ohne dass „sich dabei ein wirklich konstruktives, systemstiftendes Element“ durchgesetzt habe.<sup>3</sup> Dieser geradezu kanonischen Sichtweise wurde nur selten widersprochen. Erstaunlicherweise gab freilich Ernst Engelberg, der Nestor der ehemaligen DDR-Geschichtswissenschaft, 1993 mit seiner etwas seltsamen borussischen Sympathie eine wohlwollendere Deutung: Natürlich stellte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Instrumentalisierung der Sozialpolitik an den Pranger, aber beim „Kulturkampf“ sah Engelberg bereits die Moderne am Werk. Außenpolitisch trat Bismarck geradezu als Lichtgestalt hervor. Dieser habe sich, so Engelberg, mit all seinen Stärken und Schwächen, „im Strom der allgemeinen Geschichte seiner Zeit“ bewegt.<sup>4</sup> Solche zunächst noch als Minderheitsansicht zu kennzeichnenden Wertungen wurden jedoch bald hoffähig. Vom „Dämon der Deutschen“, wie Johannes Willms Bismarck 1997 bezeichnet hatte und es in einer Neuauflage immer noch für zutreffend hält,<sup>5</sup> ist heute wohl zu Recht kaum noch die Rede, und sogar in den Schulunterricht scheint diese Erkenntnis diffundiert zu sein.<sup>6</sup> Das Bismarck-Bild des 21. Jahrhunderts erscheint insgesamt als nüchterner, weniger umkämpft, vielleicht auch weniger methodologisch aufgeladen und theoriegeleitet.<sup>7</sup> Bismarck löst keine wirklichen Kontroversen mehr aus und auch die üblichen harschen Verdammungsurteile und Verdikte fehlen, weil es vielen Autoren neueren Datums offenkundig um die Zurückführung Bismarcks auf eine „normalmenschliche Dimension“<sup>8</sup> geht. Dies zeigt

3 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main 1980, S. 643.

4 Ernst Engelberg: Bismarck. Bd 2: Das Reich in der Mitte Europas, München 1993, S. 528.

5 Johannes Willms: Bismarck. Dämon der Deutschen. Anmerkungen zu einer Legende, München 2015.

6 Vgl. Waltraud Schreiber: Kompetenzorientierter Geschichtsunterricht am Beispiel Otto von Bismarck. In: Markus Raasch (Hrsg.): Die deutsche Gesellschaft und der konservative Heros. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit, Aachen 2010, S. 315-344.

7 Als Überblick: Hans-Christof Kraus: Bismarck im Spiegel seiner Biographen. In: Bernd Heidenreich/Hans-Christof Kraus/Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Bismarck und die Deutschen, Berlin 2005, S. 143-155.

8 Beate Althammer: Das Bismarckreich 1871-1890, Paderborn u. a. 2009, S. 266.

sich recht deutlich bei den aktuellen Biographien, die im Vorfeld des 200. Geburtstags Bismarcks erschienen sind. In Jonathan Steinbergs Gesamtdarstellung zeigt sich eine zentrale Kritik in der Bemerkung, Bismarck habe keine innenpolitischen Prinzipien gekannt und er sei ein „Manipulator der politischen Realitäten seiner Zeit“ gewesen.<sup>9</sup> Eberhard Kolb wiederum hat in seiner 2014 erschienenen Bismarck-Biographie – fast ungeduldig – gefordert, jetzt sei endgültig „die Zeit für eine konsequente Historisierung Bismarcks gekommen“, <sup>10</sup> eine Forderung, die Volker Ullrich sogar schon erfüllt sieht: Bismarck polarisiere nicht mehr, und an die Stelle leidenschaftlich umkämpfter Erinnerung sei eine „konsequente Historisierung getreten, die den «Reichsgründer» nüchtern-abwägend, mit seinen Leistungen und Grenzen, seinen Widersprüchen und Ambivalenzen“ zeige.<sup>11</sup> Und Hans-Christof Kraus, um eine weitere aktuelle Biographie zu zitieren, plädiert dafür, „sich dem Gegenstand «Bismarck» etwas gelassener zu nähern“, zumal die Zeiten der angestregten Verteufelung und Dämonisierung „eigentlich der Vergangenheit angehören sollten.“<sup>12</sup>

Wie sieht es im Vergleich dazu mit dem Liberalismus aus? Auch hier überwog in den letzten Jahrzehnten traditionell eine bemerkenswert kritische Perspektive, die unschwer eine Konsequenz der deutschen Katastrophen des 20. Jahrhunderts war. Es war wiederum Lothar Gall, der in einem grundsätzlichen Beitrag auf dem Historikertag 1974 gnadenlos mit dem Liberalismus abrechnete, der in der Bismarck-Zeit seine politische und soziale Integrationskraft verloren habe und überholt, Status quo-orientiert, mit anderen Worten: rückwärtsgewandt gewesen sei. In ihrer gegenseitigen Fixierung, in diesem „Gegeneinander und Zusammenspiel“ seien Bismarck und die deutschen Liberalen in mancher Hinsicht dafür verantwortlich gewesen, dass sich die „Elemente der Rückständigkeit“ im Kaiserreich verstärkt hätten.<sup>13</sup>

Nun wird auch heute niemand bestreiten, dass es keine wirkliche Zusammenarbeit zwischen Bismarck und den Liberalen gegeben hat, sondern allenfalls begrenzte Kooperationen, die zweckgebunden und ephemere waren. Die trennenden Elemente waren in der Tat stets größer als die inhaltlichen und

9 Jonathan Steinberg: Bismarck. Magier der Macht, Berlin 2012, S. 14.

10 Eberhard Kolb: Otto von Bismarck. Eine Biographie, München 2014, S. 180. Tendenziell auch in Matthew Jefferies, Contesting the German Empire 1871-1918, Malden/Oxford/Carlton 2008.

11 Volker Ullrich: Der Mythos Bismarck und die Deutschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 13/2015, S. 15-22, hier S. 22.

12 Hans-Christof Kraus: Bismarck. Größe – Grenzen – Leistungen, Stuttgart 2015, S. 10.

13 Lothar Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. In: Ders. (Hrsg.), Liberalismus, Köln 1985<sup>3</sup>, S. 162-186, hier S. 177 f. Als Überblick Günter Kronenbitter: Bismarck und die Liberalen. In: Heidenreich/Kraus/Kroll (Hrsg.): Bismarck und die Deutschen (wie Anm. 7), S. 51-62 sowie die Beiträge in Lothar Gall (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Parteien, Paderborn 2001.

programmatischen Überschneidungen. Aber hat dieses dialektische Verhältnis nicht doch, auch wenn es nicht intendiert war, Wirkungskräfte entfaltet, die das junge Kaiserreich modernisiert – im heutigen Wortsinn sogar „liberalisiert“ – haben? Sollte nicht doch noch stärker herausgearbeitet werden, welche Wirkungskräfte und Mechanismen am Werk waren und was genau die vielbeschworene Modernisierung wider Willen ausmachte?

Um die Begrifflichkeit des Liberalismus werden – weltweit – immer noch heftige Kontroversen ausgetragen.<sup>14</sup> Die Definition dessen, was Liberalismus war und ist, fällt angesichts der zahlreichen Metamorphosen, die der Begriff allein im 19. Jahrhundert erlebte, nicht leicht.<sup>15</sup> Mindestens ebenso schwer fällt naturgemäß die Definition des „Bürgertums“ als dem wesentlichen Träger dieser geistigen Bewegung, mit der sich schon ganze Sonderforschungsbereiche bis zur wissenschaftlichen Erschöpfung beschäftigt haben.<sup>16</sup> Bereits Carl von Rotteck beklagte 1837 im „Staatslexikon die begriffliche „babylonische Sprachverwirrung“,<sup>17</sup> und Jörn Leonhard hat zu Beginn des neuen Jahrtausends die für Frankreich, Großbritannien, England, Italien und Deutschland geltenden ganz unterschiedlichen Semantiken sowie den Wandel des Liberalismus-Begriffs und seiner Benutzung seit dem 19. Jahrhundert ausführlich dargelegt.<sup>18</sup> Vernunftbasiertes Selbstbestimmungsrecht, Beschränkung der politischen Staatsmacht und eine auf dem Privateigentum ruhende und weitgehend sich selbst verwaltende wettbewerbsorientierte Wirtschaft als Wesenselemente liberalen Denkens im 19., 20. und 21. Jahrhundert – darüber wird bis heute munter gestritten: Auf internationaler Ebene erleben die Werke von Judith Shklar über den Gehalt des Liberalismus gegenwärtig eine Renaissance.<sup>19</sup> Die Ideenwelt des Liberalismus als einer Idee und einer Ideologie werden von Michael Freeden, John Rawls, Richard

14 Vgl. Edmund Fawcett: *Liberalism. The Life of an Idea*, Princeton 2014. Dieter Langewiesche: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988; Lothar Gall (Hrsg.): *Liberalismus*, Königstein 1985; James Sheehan: *Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770-1914*, München 1983.

15 Lothar Gall: Einleitung. In: Ders. (Hrsg.), *Liberalismus*, S. 9-19, hier bes. S. 10-12; Gerhard Göhler: *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Eine Einführung*. In: Bernd Heidenreich (Hrsg.): *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus*, Berlin 2002<sup>2</sup>, S. 211-229.

16 Vgl. Dieter Langewiesche: *Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert*. In: Jürgen Kocka (Hrsg.): *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation*, Stuttgart 1989, S. 95-121.

17 Carl von Rotteck: *Demokratisches Prinzip*. In: Ders./Theodor Welcker (Hrsg.): *Staats-Lexicon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften*, Bd. 4, Altona 1837, S. 252-263, hier S. 252.

18 Jörn Leonhard: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines Deutungsmusters*, München 2001.

19 Judith Shklar: *After Utopia. The Decline of Political Faith* (1957), Princeton 1969.

Rorty, Wolfgang Kersting und Jean-Claude Michéa diskutiert,<sup>20</sup> was zeigt, dass der Liberalismus, auch wenn er seit weit über 100 Jahren schon totgesagt wird und mehrfach zu Grabe getragen worden ist,<sup>21</sup> immer noch quicklebendig ist. In Deutschland hat eine Tagung der Theodor-Heuss-Stiftung im Jahr 2013 in vergleichender Perspektive die Vielgestaltigkeit, Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit des europäischen Liberalismus im 20. Jahrhundert aufgezeigt und auf die Differenzen und Heterogenitäten zwischen Partikularismus und Universalismus sowie die Unterschiede zwischen Liberalismus als Ideengeflecht und Liberalismus als Habitus aufmerksam gemacht. Nicht zu vergessen bleibt ein weiteres zentrales liberales Thema präsent, nämlich das sich wechselseitig bedingende Verhältnis von Freiheit und Macht, weil letztere „in vielfältiger Hinsicht zugleich die Voraussetzung der Freiheit“ ist.<sup>22</sup>

Der politische Liberalismus gehörte nach 1848 in Deutschland zu den bestimmenden Kräften. Er hielt diese Dynamik in den folgenden Jahrzehnten vor allem durch die Arbeit in den Länderparlamenten und die Mitgestaltung der öffentlichen Meinung aufrecht, was Bismarck kritisch verfolgte. In seiner „Eisen und Blut“-Rede formulierte er noch ganz herablassend: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen den Liberalismus indulgieren, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen.“<sup>23</sup> Aber diese Gering-schätzung hatte keine Zukunft. Nach der Reichsgründung 1871 gehörten die Liberalen als staatsbejahende Parteien schließlich zum Establishment des Bismarckreiches. Im halb-hegemonialen Kaiserreich wurden jetzt die nationalistisch-kriegerischen Töne derjenigen Liberalen, die noch den großdeutschen Ideen der Paulskirchenparlamentarier mit ihren territorialen Ausdehnungsvorschlägen und Flottenplänen anhingen,<sup>24</sup> erfolgreich marginalisiert.

- 20 Michael Freedon: *The New Liberalism. An Ideology of Social Reform*, Oxford 1978; Ben Jackson/Marc Stears (Hrsg.): *Liberalism as Ideology. Essays in Honour of Michael Freedon*, Oxford/New York 2012; John Rawls: *Political Liberalism*, New York 1993; Wolfgang Kersting: *Verteidigung des Liberalismus*, Hamburg 2009; Jean-Claude Michéa: *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*, Berlin 2014.
- 21 Hans Vorländer: *Hat sich der Liberalismus totgesiegt? Deutungen seines historischen Niedergangs*. In: Ders. (Hrsg.): *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München 1987, S. 9-34.
- 22 Lothar Gall: *Liberalismus und auswärtige Politik*. In: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.): *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag*, Köln/Wien 1985, S. 31-46, hier S. 46. Vgl. hierzu Hermann Oncken: *Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden*, Bd. IX, Heft 4, Leipzig/Dresden 1919, S. 152.
- 23 *Berliner Allgemeine Zeitung* vom 2. Oktober 1861. Zum Kontext: Gall, Bismarck (wie Anm. 3), S. 256-261.
- 24 Günter Wollstein: *Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1977; Harald Biermann: *Ideologie statt Realpolitik. Kleindeutsche Liberale und auswärtige Politik vor der Reichsgründung*, Düsseldorf 2006.

Auch der scheinbar so eindeutig linksliberale Kronprinz Friedrich Wilhelm, der mit seinem romantisch-starrsinnigen Festhalten an bestimmten traditionellen „Reichsideen“ in mancher Hinsicht sogar rückwärtsgewandter und illiberaler als der Reichskanzler war,<sup>25</sup> wurde eingehegt und seine Visionen blieben eine erst für die Zukunft geltende Option. Das Kaiserreich, von Bismarck konzipiert und von den Liberalen akzeptiert und mitgestaltet, war, anders als „großdeutsche“ Lösungen, mit dem Gleichgewicht Europas trotz aller verständlichen Vorbehalte gegen einen starken Machtstaat im Zentrum Europas<sup>26</sup> gerade noch kompatibel. Bismarck blieb „der eiserne Garant der bitternotigen Saturiertheit.“<sup>27</sup>

Die Liberalen rieben sich, nachdem sie nach vielen vergeblichen Anläufen endlich mit an den Schalthebeln der Macht saßen, durch den Sündenfall des Kulturkampfes und durch die parlamentarischen Fehden mit Bismarck zunehmend auf, gerieten in dauerhafte und ermüdende Kämpfe zwischen ihrem rechten und linken Flügel und waren darüber zerstritten, ob sie ihre Rolle in regierungskonformer Mitarbeit oder nicht doch in standhafter Opposition zu suchen hatten. Zwar erzielten die liberalen Honoratiorenparteien zusammengekommen nach 1871 stets ansehnliche Wahlergebnisse, aber als eine sich als fortschrittlich verstehende und zugleich den Schritt der Zeit verlierende Bewegung litt der Liberalismus unter dem Makel, in einer sich diversifizierenden Industriegesellschaft immer stärker eingeengt zu werden, während das katholische Zentrum und die Sozialdemokratie von einem Wahlerfolg zum nächsten voranschritten. Die Zersplitterung in einen nationalen und den liberal-demokratischen Flügel blieb bestehen. Damit einher ging der Verlust bisheriger Gewissheiten und Selbstgewissheiten, bis der Erste Weltkrieg schließlich den Einsturz des bürgerlichen Wertehimmels mit sich brachte und der Wiederaufbau beschwerlich war.<sup>28</sup> Auch wenn sich die heutige Liberalismusforschung von der „Untergangsgeschichte“ des deutschen Liberalismus verabschiedet hat, ist nachvollziehbar, warum die Jahre 1914 bis 1918 sowie die Katastrophe des Jahres 1933 häufig allein als weitere Kapitel des Verfalls und der Degeneration des Liberalismus geschrieben worden sind, an deren Anfang Bismarck gestanden habe.

Diese teleologisch-pessimistische Sicht auf das scheinbar fatale Zweckbündnis zwischen Bismarck und dem Liberalismus scheint inzwischen an

25 Frank Lorenz Müller: Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen. Prinz, Monarch, Mythos, München 2013. Vgl. auch Winfried Baumgart (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866-1888, Paderborn 2012.

26 Klaus Hildebrand/Eberhard Kolb (Hrsg.): Otto von Bismarck im Spiegel Europas, Paderborn 2006.

27 Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. München 1995, S. 876.

28 Vgl. die Beiträge in Werner Plumpe/Jörg Lesczenski (Hrsg.): Bürgertum und Bürgerlichkeit zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Mainz 2008.

Deutungskraft zu verlieren, und hierfür gibt es gewichtige Gründe. Seit der Bismarckzeit vertraute das Bürgertum als Träger der liberalen Ideen auf einen friedlichen Wandel, setzte optimistisch auf eine Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch ökonomischen Wandel und sozialen Fortschritt. Die 1870er Jahre waren eine „Reformära“, die, wie Dieter Langewiesche ausgeführt hat, in gedeihlicher Zusammenarbeit zwischen Bismarck und den Nationalliberalen „das neue staatliche Gebäude der Nation im liberalen Geiste wohnlich ausstattete.“<sup>29</sup> In den USA, ebenfalls eine Aufsteigerung, die gerade erst nach einem langen, die Nation auf die Zerreißprobe stellenden Bürgerkrieg wiedervereint und deshalb für Nationswerdungsprozesse sensibilisiert worden war, wurde Deutschland, ausgestattet mit dem „besten Erziehungssystem der Welt“, bewundernd als leuchtendes Vorbild betrachtet, Bismarck gar als neuer Washington gezeichnet.<sup>30</sup>

Dem stand der innere Unfriede diametral entgegen. Der Kampf gegen die vermeintlichen „Reichsfeinde“, in erster Linie die Katholiken und die Sozialdemokraten, vertiefte die politischen Gräben und Verwerfungen der Gründungszeit, wofür Bismarck und die Liberalen gleichermaßen verantwortlich waren. Der „Kulturkampf“ war ein schwerer Fehler, der die Katholiken dem Reich für lange Zeit entfremdet hat – diese waren dafür immerhin später dem Nationalsozialismus gegenüber weniger anfällig. Der Kulturkampf war insofern eine liberale Idee und Ideologie und ihre Verfechter sahen sich geradezu als die Inkarnation der Aufklärung und der Moderne gegen einen angeblich hinterwäldlerischen und rückwärtsgewandten „Ultramontanismus“, aber zugleich auch gegen die traditionelle Weltordnung des Christentums. Männer wie der preußische Kulturminister Adalbert Falk, aber genauso Liberale aller Schattierungen, von Rudolf Virchow, der den Begriff „Kulturkampf“ geprägt hatte, über Eduard Lasker, Ludwig Bamberger bis hin zu Hermann Schulze-Delitzsch sahen sich hier in einer Linie mit dem Reichsgründer. Diese mächtige Zeitströmung war freilich nicht nur ein deutsches Projekt, weil „Kulturkämpfe“ auch in manch anderen europäischen Staaten ausgefochten wurden.<sup>31</sup> So falsch diese Politik und so fatal die Ergebnisse eingeschätzt werden müssen, gehörte die Auseinandersetzung in die zeitgenössischen Debatten über den säkularen Staat. Auch aktuell wird über das Verhältnis der Religionen zum Staat heftig gestritten; die damalige Entscheidung, mit der Einführung der Zivilehe und der in Preußen 1872 eingeführten staatlichen Schulaufsicht der Zivilehe eine Trennung von Kirche und Staat vorzunehmen, erscheint in der heutigen Welt, in der unter dem Signum des

29 Langewiesche: Liberalismus in Deutschland (wie Anm. 14), S. 164.

30 Brendan Simms: Europe. The Struggle for Supremacy, 1453 to the Present, London 2013, S. 243.

31 Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hrsg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert, Leipzig 2003.



„Wertewandels“ die Pluralisierung der Lebensformen, die Individualisierung und nicht zuletzt die Säkularisierung ein Charakteristikum der westlichen Gesellschaften ist, als wegweisende Entscheidung.

Blickt man auf die Ergebnisse der neueren Forschung zu den rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen im europäischen Maßstab, wird dieses Bild noch stärker konturiert.<sup>32</sup> Die Sozialgesetzgebung war im europäischen Vergleich vorbildlich, fortschrittlich und zukunftsweisend, kurz: eine Pioniertat, welche instrumentalisierenden Motive damit auch verbunden sein mochten. Es ging Bismarck darum,

„eine für die damalige Zeit ökonomisch sinnvolle und zugleich funktionsfähige Absicherung gegen die Risiken der modernen Erwerbsarbeit zu finden (...) Bismarck war modern, insofern die kapitalistische Wirtschaft die mit der Erwerbsarbeit verbundenen Risiken beherrschbar halten muss. Er war liberal, (...) weil er die Kosten einer solchen Politik gering und das Arbeitsverhältnis selbst wenig reguliert wissen wollte.“<sup>33</sup>

Ähnliches wie für die Sozialpolitik gilt für die benachbarten weiten Felder der Wirtschaftspolitik, wo Liberale eine besondere Befähigung und Mitgestaltungsfähigkeit postulierten und durchzusetzen versuchten.<sup>34</sup> Bismarck zeigte sich an wirtschaftlichen Dingen hauptsächlich dann interessiert, wenn er sie für das von ihm definierte „Gemeinwohl“ einsetzen konnte. Zwar erkannten weder er noch die Liberalen rechtzeitig die Bedeutung von Gewerkschaften für die Integration der Arbeiterschaft in das Wirtschafts- und Verfassungssystem des Kaiserreiches. Aber das Genossenschaftssystem von Hermann Schultz-Delitzsch war integraler Bestandteil des „Systems Bismarck“. Das Münzgesetz und die Gründung der Reichsbank gehörten ebenso zum liberalen Kanon wie die Novellierung des Aktiengesetzes und die Schaffung der Reichsgewerbeordnung. Die insgesamt sieben Währungsgebiete – und sage und schreibe 33 Notenbanken – fanden mit einem Federstrich ein Ende. Thomas Nipperdey hat dieses Reformwerk als revolutionären „Durchbruch der bürgerlichen Gesellschaft“ bezeichnet: „des großen Marktes, des freien Wettbewerbs, des Kapitalismus, der Mobilität, des Leis-

32 Vgl. auch Helmut Walser Smith: Jenseits der Sonderweg-Debatte. In: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (Hrsg.): Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 31-50.

33 Werner Plumpe: Otto von Bismarck und die soziale Frage – Überlegungen zu einem alten Thema der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In: Tilman Mayer (Hrsg.): Bismarck: Der Monolith. Reflexionen am Beginn des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2015, S. 178-201, hier S. 195 f.

34 Michael Epkenhans/Ulrich von Hehl (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn 2013.



tungsprinzips, gegen alle ständischen und bürokratischen Beschränkungen.“<sup>35</sup> Die Einrichtung eines Kaiserlichen Gesundheitsamts im Jahr 1876 trug zur Normierung und Standardisierung bei, und nicht zuletzt die Lebensmittelqualität wurde erstmals umfassend reguliert, was das Ende des bisherigen „Flickwerks“ kommunaler und territorialer Bestimmungen bedeutete.<sup>36</sup>

Infolge der Gründerkrise des Jahres 1873 wurden diejenigen Stimmen lauter, die dem liberalen Paradigma abschwören wollten und der Staatsintervention das Wort redeten. Die Liberalen sahen sich einer „schleichenden Entpolitisierung“ ausgesetzt.<sup>37</sup> Weil sie in erster Linie als wirtschaftlich kompetent wahrgenommen wurden, wurden sie für ökonomische Missstände verantwortlich gemacht. Ein zeitgenössischer Beobachter schrieb 1879: „Die Folgen liegen offen in dem Umstande vor, daß dem Liberalismus – als politischem System, die Schuld an allen Schäden, daran unser wirtschaftliches Leben krankt, aufgebürdet wird, daß alles, was auf wirtschaftlichem Gebiete faul und krank ist, auf den liberalen Sündenbock losschlägt.“<sup>38</sup>

Das Alte wurde, mit anderen Worten, weggefeht und machte der liberalen Gesellschaft Platz. Ohne die schon fast zu Floskeln geronnenen Begriffe des „weißen Revolutionärs“ und des Bismarck'schen Ausspruchs „Fert unda nec regitur“ überzustapazieren, bezeugen sie doch die Hinwendung des Reichskanzlers zu einem liberalen Industriestaat, der notgedrungen die Ambivalenzen der europäischen Moderne in sich trug.<sup>39</sup> Im internationalen Vergleich verlief die Entwicklung gar nicht so viel anders als in anderen europäischen Staaten und war durch – vor allem wirtschaftliches – Wachstum geprägt. Unter Bismarck vollzog sich die Abkehr vom rückständigen Agrarstaat zu einem Industriestaat, in dem die anachronistischen Agrarzollbestimmungen allerdings daran erinnerten, dass der Modernisierungsprozess nicht linear verlief.<sup>40</sup> Zugleich wurden die Anhänger eines überholten „Manchesterliberalismus“ in die Schranken gewiesen – Ludwig Bamberger ist ein besonders prominentes Beispiel. Sein Versuch, die freihändlerischen Positionen festzuschreiben, die „Ökonomisierung des Freiheitsbegriffs“ zu fördern, aber zugleich den Staat auf das Laissez-faire zu reduzieren,<sup>41</sup> erscheint heute, in der

35 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992<sup>3</sup>, S. 363.

36 Vera Hierholzer: Nahrung nach Norm. Regulierung von Nahrungsmittelqualität in der Industrialisierung 1871-1914, Göttingen 2010, S. 340.

37 Leonhard: Liberalismus (wie Anm. 18), S. 521.

38 Marco Brociner: Die Zukunft des deutschen Liberalismus, Berlin 1879, S. 8.

39 Jörg Fisch: Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850-1914, Stuttgart 2002; Guido Thiemeyer: Internationalismus als Vorläufer wirtschaftlicher Integration? Otto von Bismarck, das Phänomen der Supranationalität und die Internationalisierung der Wirtschaft im 19. Jahrhundert. In: Ulrich Lappenküper/Guido Thiemeyer (Hrsg.): Europäische Einigung im 19. und 20. Jahrhundert. Akteure und Antriebskräfte, Paderborn u. a. 2013, S. 71-93.

40 Carsten Burhop: Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs 1871-1918, Göttingen 2011.

41 Marie-Lise Weber: Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart 1987, S. 285.

Zeit des bisweilen bewusst falsch verstandenen Begriffs „neoliberal“, jedenfalls weniger liberal als Bismarcks Wirtschaftskurs. Dessen „wohlwollender“ und patriarchalisch auftretender Interventionsstaat mit ausgeprägten Überwachungsfunktionen sowie dem Versprechen von Sicherheit gehört seither zu einer der Grundfesten des Staatsverständnisses. Nicht einmal Hitler wagte es, den im 19. Jahrhundert inaugurierten Wohlfahrtsstaat aus den Angeln zu heben. Auch die seit der Bismarck-Zeit eingeübte Einschränkung des wirtschaftlichen Wettbewerbs weist in die heutige Moderne der Marktwirtschaft: Der damalige Kampfbegriff „Manchesterkapitalismus“ taucht heute in allen Varianten und Spielarten ebenfalls auf: Sei es als „Raubtierkapitalismus“, sei es als „Ellenbogengesellschaft“, jedenfalls als Symbolbegriffe für Exzesse des Marktes, die heute möglichst staatlicherseits ausgeschlossen werden sollen. Die sattsam bekannte Mischung aus Sozialpartnerschaft, Risikoversicherung und Konsensgesellschaft verweist daher recht deutlich auf gewisse ordnungspolitische Kontinuitäten seit der Bismarckzeit.<sup>42</sup> Akzeptiert man diese „Pfadabhängigkeiten“, dann war Bismarck derjenige, der heute in dieser Hinsicht als Liberaler definiert werden muss, auch wenn er selbst damit nicht einverstanden wäre.

Eng mit den wirtschaftlichen Grundpfeilern in Verbindung standen die internationalen Verflechtungsprozesse in der Bismarckzeit. Die unter anderem von Jürgen Osterhammel angestoßenen Diskussionen über Transnationalität und Globalisierung<sup>43</sup> zeigen, dass auch in dieser Hinsicht die Entwicklung in Deutschland gar nicht so anders als in anderen Staaten Europas verlief. Immer professioneller organisierte Handelskontakte und die besseren Kommunikationsmöglichkeiten, seien es Schiffe oder der Telegraph, schließlich die zunehmenden Gelegenheiten für Reisen und gesellschaftlichen Austausch ließen die Welt näher aneinanderrücken.<sup>44</sup> In der Handels- und Zollpolitik, im Verkehrswesen, in den Bemühungen zur Vereinheitlichung der Währungssysteme, schließlich im Außenhandel standen die Signale europaweit auf ökonomische Integration.<sup>45</sup>

42 Albrecht Ritschl: Der späte Fluch des Dritten Reichs: Pfadabhängigkeiten in der Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 6 (2005), S. 151-170. Grundsätzlich auch Hans-Jürgen Puhle: Die „Konstruktion“ neuer Sozialstaaten in der Auseinandersetzung mit alten Modellen: „Pfadabhängigkeiten, Entscheidungen und Lernprozesse. In: Ulrich Becker/Hans Günter Hockerts/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Bonn 2010, S. 197-212.

43 Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009; Emily S. Rosenberg: Transnationale Strömungen in einer Welt, die zusammenrückt. In: Dies. (Hrsg.), 1870-1945. Weltmärkte und Weltkriege, München 2012, S. 813-998.

44 Martin H. Geyer (Hrsg.): The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics, from the 1840s to the First World War, Oxford u. a. 2001.

45 Cornelius Torp: Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914, Göttingen 2005.

Der wirtschaftliche Siegeszug war geradezu atemberaubend, so dass selbst die „Gründerkrise“, der „Bruch“ von 1878/79 und die lange Phase der „Depression“ der folgenden Jahrzehnte in der heutigen Forschung längst nicht mehr als so bedeutend gewertet werden als noch vor einem Vierteljahrhundert. Die Anzeichen einer weltwirtschaftlichen Konvergenz – man denke nur an die dramatisch sinkenden Transportkosten oder die Kooperation auf den Kapitalmärkten infolge der Goldkonvertibilität und der Schaffung fixer Wechselkurse – führten zu einer ökonomischen Vernetzung der Welt, was jedoch nicht im Widerspruch zu Nationalismus und Imperialismus stehen musste. Der nationenübergreifende „Makro-Liberalismus“<sup>46</sup> mit seinem universellen Anspruch, seiner Tendenz zur Öffnung und Entgrenzung und seiner „Vision einer globalen Friedensordnung, eines unbeschränkten Welthandels und grenzenloser Mobilität“<sup>47</sup> war mit Bismarcks Denken kompatibel. Persönlich mochte er seiner eigenen ganz anderen Weltsicht folgen, aber als „weißer Revolutionär“ stellte er sich den scheinbar unaufhaltsamen Entwicklungen nicht in den Weg, wollte sich der europäischen Logik der Sachzwänge nicht entziehen und holte sich die ökonomische Expertise, über die er nicht immer verfügte, häufig bei liberalen Fachleuten.

Einbürgerungen – auch dies eine Folge der europäischen Migrationsschübe in einer zunehmend globalisierten Welt – waren zwar noch selten, erfolgten aber auf der Grundlage von Einzelfallprüfungen, bei denen, wie Oliver Trevisol nachgewiesen hat, in der Regel das Vermögen, der „gute Ruf“ und die Zukunftsaussichten die entscheidenden Kriterien waren – während später in der Weimarer Republik mit pauschalen Rubrizierungen vor allem jüdische und slawische Einwanderungswillige kaum eine Chance hatten.<sup>48</sup> Partizipation und individuelle Freiheitsrechte, die traditionellen Banner des Liberalismus, wurden durch die Rechtsstaatlichkeit garantiert. Die Möglichkeit zur Kritik an Justiz und Strafrechtsprechung war ein weiterer Beleg für die Moderne. Im Kaiserreich wurden manche Urteile als „Klassenjustiz“ interpretiert, auf diese Weise der Finger in die Wunde gelegt und Reformbedarf angemeldet.<sup>49</sup> Gerade die Hinweise auf Defizite und Versäumnisse und die Möglichkeit, diese zu kritisieren, sind ein Beleg für die Entwicklungsfähigkeit und das Potential des Kaiserreichs von 1871. Es war, trotz der Einführung des allgemeinen Wahlrechts – ein ziemlich deutliches Alleinstellungsmerkmal in Europa –, zwar keine Demokratie, aber es war ein Rechtsstaat –

46 Jürgen Osterhammel: Liberalismus als kulturelle Revolution. Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee, Stuttgart 2004, S. 11.

47 Dominik Geppert: Die europäischen Liberalen und der Erste Weltkrieg. Umriss eines Forschungsproblems. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 26 (2014), S. 9-25, hier S. 17.

48 Oliver Trevisol: Die Einbürgerungspraxis im Deutschen Reich 1871-1945, Göttingen 2006.

49 Uwe Wilhelm: Das Deutsche Kaiserreich und seine Justiz. Justizkritik – politische Strafrechtsprechung – Justizpolitik, Berlin 2010.

wer den Blick auf das europäische „Age of Extremes“ (Hobsbawm) des 20. Jahrhunderts mit seinen cäsaristischen Volksherrschern wendet, weiß die Vorzüge des normengeleiteten rechtsstaatlichen Verfahrens durchaus zu schätzen. Bereits Manfred Rauh sah das Kaiserreich auf dem Weg einer „stillen Parlamentarisierung“.<sup>50</sup> Margaret Lavinia Anderson<sup>51</sup> hat das von Bismarck eingeführte allgemeine, gleiche und direkte Männerwahlrecht des deutschen Reiches dahingehend interpretiert, dass dieses – wenn nicht intendiert, so doch faktisch – auf Egalisierung hinauslaufende Modell auf die politisch-kulturelle Entwicklung der deutschen Gesellschaft wirkte, die von ihrer Struktur her hierarchisch ausgerichtet war. Dem Wahlrecht kam dabei eine „Erziehungsfunktion“ zu. Der Weg zu einer vollständigen Parlamentarisierung – weder von Bismarck noch von den Liberalen gewollt – stand weiter offen und war der Zukunft überlassen.<sup>52</sup> Der Reichstag bot ein von der Öffentlichkeit rege wahrgenommenes Forum für politische Diskussionen und Debatten und wurde entsprechend von allen Seiten genutzt und zugleich instrumentalisiert.<sup>53</sup> Damit soll gar nicht abgestritten werden, dass das preußische Dreiklassenwahlrecht diese Entwicklungen behinderte. Das letztlich fatale Erbe, das den folgenden Generationen hinterlassen wurde, ist jedoch nicht in der „politischen Kultur“ des Bismarckreiches zu suchen, sondern im Ersten Weltkrieg mit seinen geistig-politischen und sozial-ökonomischen Verwerfungen. Die Dispositionen der Vorkriegszeit, die Verhärtung der Blöcke und das fehlende Krisenmanagement, sicherlich schon subkutan angelegt in den geistigen Strömungen der Zeit, liegen in der Verantwortung aller Mächte und Regierungen Europas.

Ein so demokratisches Männerwahlrecht wie im Bismarckreich gab es 1871 lediglich noch in Griechenland und in Frankreich; natürlich bezweckte Bismarck etwas anderes, nämlich die „Stärkung des konservativen Wählerpotentials“, aber die Wirkung war liberalisierend, demokratisierend, egalisierend, denn in allen anderen Ländern Europas war das Wahlrecht an das Steueraufkommen geknüpft. Die Referenzwerte der Deutschen waren europäisch ausgerichtet: Bismarcks Wahlrecht trug dazu bei, dass sich Deutschland bis 1914 in Teilen zu einem demokratischen Land entwickeln konnte. Dem

50 Manfred Rauh: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.

51 Margaret Lavinia Anderson: *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000.

52 Vgl. Marcus Kreuze: Und sie parlamentarisierte sich doch. Die Verfassungsordnung des Kaiserreichs in vergleichender Perspektive. In: Marie-Luise Recker (Hrsg.): *Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich*, München 2004, S. 17-40; Thomas Kühne: Demokratisierung und Parlamentarisierung. Neue Forschungen zur Entwicklungsfähigkeit Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg. In: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005), S. 293-316.

53 Andreas Biefang: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871-1890, Düsseldorf 2009.

deutschen Vorbild folgten andere: Das allgemeine Wahlrecht wurde 1890 in Spanien und 1902 in Italien eingeführt, es folgten Finnland, Norwegen und Schweden. Im vermeintlich liberaldemokratischen „Musterstaat“ Großbritannien hingegen blieben „noch bei den letzten Vorkriegswahlen 1911 schätzungsweise 41 Prozent aller männlichen Erwachsenen ohne Stimmrecht.“<sup>54</sup>

Heinrich August Winkler deutet die Reichsgründung daher als „ein Stück Verwestlichung oder Normalisierung: Die Deutschen unterschieden sich (...) von den Nationalstaaten Westeuropas weniger als zuvor“, auch wenn Bismarcks „Revolution von oben“ nicht die Freiheitsfrage gelöst hatte. Die konstitutionelle Monarchie trug nach Ansicht Winklers allerdings einen „Januskopf“ und war „altertümlich und modern zugleich“. Frank-Lothar Kroll hat jedoch jüngst betont, dass diese Mischform mit ihrem Kompromisscharakter – Anerkennung des Prinzips der Königsherrschaft bei gleichzeitigem parlamentarischem Mitentscheidungsrecht – der „Normalfall europäischer Verfassungsstandards im 19. und frühen 20. Jahrhundert“ war.<sup>55</sup> Noch deutlicher drückt es Hans Fenske aus: Die „Ordnung des Staatslebens in konstitutionell-monarchischer Form“ habe dem „Verfassungsverständnis breiter Kreise“ entsprochen und Deutschland sei damit auf dem Weg zur Moderne gewesen; die vor einigen Jahrzehnten aufgestellte These, Deutschland sei eine „pseudokonstitutionelle autoritäre Monarchie“ gewesen, sei daher ein „drastisches Fehlurteil“.<sup>56</sup>

Ähnliches lässt sich über das komplexe Verhältnis von ziviler und militärischer Gewalt sagen. Der reflexartige Verweis auf den preußischen „Militarismus“ hat den Blick dafür verstellt, dass das Militär „auch in anderen Ländern im Zentrum der nationalen Identitätsbildung“ stand und mit dem Blick etwa auf Großbritannien und Frankreich „die Gemeinsamkeiten erkennbar stärker sichtbar als die deutschen Besonderheiten“ sind.<sup>57</sup> Das Manteuffel-Diktum von Preußen als eines „Militär- und Beamtenstaates“ traf schon seit Mitte des Jahrhunderts nicht mehr zu; stattdessen gab es eine Symbiose des Macht- und Kulturstaates, was sich beispielsweise im bürgerlichen Mäzenatentum abbildete.<sup>58</sup>

In Weiterführung kann man argumentieren, dass die politischen, weltanschaulichen, ideologischen und doktrinären, teilweise stur ausgetragenen Kämpfe zwischen Bismarck und den Liberalen, was beispielsweise in den

54 Frank-Lothar Kroll: *Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg*, Berlin 2013, S. 36.

55 Ebd., S. 11 f. Vgl. Lappenküper/Thiemeyer (Hrsg.): *Europäische Einigung* (wie Anm. 39).

56 Hans Fenske: *Die Einheit verfassen. Auf dem Weg in die Moderne?* in: Mayer (Hrsg.): *Bismarck* (wie Anm. 33), S. 101-148, hier S. 140 f.

57 Andreas Wirsching: *Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/2015, S. 9-15, hier S. 14.

58 Gisela Mettele/Andreas Schulz (Hrsg.): *Preußen als Kulturstaat im 19. Jahrhundert*, Paderborn 2015.

wiederkehrenden heftigen Schlagabtauschen mit Eugen Richter zum Ausdruck kam, etwas in Europa ganz Alltägliches waren: Bedenklich gewesen wäre es eher, wenn sich die Protagonisten nicht heftig über die Ausgestaltung von Staat, Verfassung, Wirtschaft und Sozialleben gestritten hätten und wenn es, daran anschließend, keine öffentlichen Debatten darüber gegeben hätte, wer denn nun Recht hatte. Selbst nach Ansicht Winklers war das Kaiserreich wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich schon zu weit entwickelt, um noch eine klassische Revolution durchlaufen zu können. Es gehörte zu den paradoxen Hypothesen Deutschlands, dass der Staat Bismarcks schließlich in mancher Hinsicht als zu „modern“ im Sinne einer westlichen Demokratie galt. Auch daher gilt die These des vermeintlichen „Sonderwegs“, der bezeichnenderweise von angelsächsischen Historikern wie Richard Evans, Geoff Eley und David Blackbourn schon früh abgelehnt worden war, heute als verfehlt und spielt „keine signifikante Rolle mehr“.<sup>59</sup> Es ist sinnvoller, mit Klaus Hildebrand von einem „Eigenweg“<sup>60</sup> zu sprechen, was an und für sich eine Selbstverständlichkeit sein müsste, wenn diese plausible Ansicht nicht über Jahrzehnte hinweg so hartnäckig bekämpft worden wäre.

Diese Erkenntnisse, die lange Zeit zu wenig beachtet worden sind, haben mit dazu beigetragen, dass die neuere Forschung konstatiert, „dass die Gesellschaft der Bismarckzeit vielseitiger und teils «moderner» war, als es das ältere Bild vom autoritären Obrigkeitsstaat wahrhaben wollte, und dass sie sich in vieler Hinsicht gar nicht so wesentlich von den westeuropäischen Nachbargesellschaften unterschied.“<sup>61</sup>

Die Möglichkeiten, diesen Prozess zu lenken, waren gering, nicht zuletzt, weil das ebenfalls vergleichsweise fortschrittliche Reichspressegesetz von 1874 allzu offensichtlichen Manipulationen einen Riegel vorschob. Der Regierung kam eher die Rolle eines Gulliver als die eines Cäsars zu. Zug um Zug wurden demokratische Denkweisen und Werte übernommen. Der Liberalismus stand diesen Entwicklungen ambivalent gegenüber, schon deshalb, weil seine Träger „bei den Wählern, bei der Jugend, in der Öffentlichkeit“ abgestraft wurden und zunehmend Schwierigkeiten hatten, eine treue Gefolgschaft von Stammwählern zu finden. Man hatte Erfolge in erster Linie als Antiparteien „gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten oder ge-

59 Wirsching: Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“ (wie Anm. 57), S. 14.

60 Klaus Hildebrand: Der deutsche Eigenweg: Über das Problem der Normalität in der modernen Geschichte Deutschlands und Europas. In: Manfred Funke u. a. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf, 1987, S. 15-34; ders.: Das vergangene Reich (wie Anm. 27), S. 874.

61 Althammer; Das Bismarckreich (wie Anm. 8), S. 11.

gen die Konservativen.“<sup>62</sup> Auch dies erklärte die zunehmende Aversion gegenüber den „Massen“ und den „Massenparteien“. Die Ablehnung konnte man bequem mit der möglichen Manipulation des Wahlvolkes durch die Regierung begründen, aber ein elitärer Grundzug war nicht zu übersehen. Der Liberalismus in Deutschland erschien von der Tendenz her immer stärker als eine Bewegung, die ihre Privilegien auch dadurch verteidigte, dass Bildung als Voraussetzung des mündigen Bürgers für unverzichtbar deklariert wurde. Wer dem nicht entsprach, genoss ihrer Meinung nach nicht das Privileg politischer Befähigung. Das „auf fortschreitende politische und soziale Emanzipation und Demokratisierung hinzielende gesamtgesellschaftliche Erwartungsmodell des frühen Liberalismus degenerierte im Zeichen der (...) wirtschaftlichen und (...) sozialen Veränderungen im Zuge der industriellen Revolution (...) zur bloßen Klassenideologie.“<sup>63</sup>

Eberhard Kolb hat in seinem neuen Werk auf das weitgehend Geglückte im Bismarckstaat verwiesen, „das gerade, weil es geglückt ist, oft als selbstverständlich erscheint und nicht in angemessener Weise gewürdigt wird“.<sup>64</sup> Um Bismarck auf das Normalmaß zurückzuführen und den deutschen Liberalismus in seinen verschiedenen Schattierungen in den europäischen Kontext einordnen zu können, sollte die germanozentrische Nabelschau endgültig überwunden werden. Hierdurch könnte die spezifische Moderne des Bismarck-Staates deutlicher konturiert und der Vergleich mit den anderen europäischen Staaten gesucht werden. Bereits immer wieder ist sondiert worden, ob nicht doch Ähnlichkeiten etwa zwischen Männern wie Gladstone und Bismarck bestanden.<sup>65</sup>

Dies könnte die Forschung ebenso beleben wie die „Schlafwandler“ von Christopher Clark: Ein großer Wurf, nicht nur, aber auch deswegen, weil er nicht mit sensationellen neuen Aktenfunden zur Vorgeschichte der Julikrise aufwartet, sondern unter einer europaweiten Perspektive einen anderen Blick auf die bekannten Quellen wirft und damit neue Sichtweisen und Interpretationen eröffnet. Das wäre für Bismarck und den Liberalismus ähnlich hilfreich: Wie soll man interpretieren, warum Peter Hoeres auf einer Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung im Jahr 2013 bei dem Vergleich zwischen Großbritannien und Deutschland zum Ergebnis kommt, dass sich die simple Kontrastierung eines liberal-demokratischen Englands auf der einen Seite und eines antiliberal-autokratischen Kaiserreichs auf der anderen Seite nicht

62 Nipperdey: Deutsche Geschichte (wie Anm. 35), S. 521 und 535.

63 Gall: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“ (wie Anm. 13), S. 176.

64 Kolb: Otto von Bismarck (wie Anm. 10), S. 131.

65 Vgl. Paul W. Schroeder: Gladstone as Bismarck. In: Canadian Journal of History 15 (1980), S. 163-195; Thomas Stamm-Kuhlmann: Bismarck und Gladstone, Friedrichsruh 2008.



aufrechterhalten lässt?<sup>66</sup> Wie ist der Befund von Frank-Lothar Kroll zu erklären, der von einem das gesamte politische System erfassenden „Modernisierungssog“ des Kaiserreiches spricht, so dass schließlich „selbst die staatliche Ordnung, trotz mancher Stagnationsmodelle, einem ganz unverkennbaren Partizipations-, Emanzipations- und Demokratisierungsschub ausgesetzt war“?<sup>67</sup>

Etwas ganz anderes ist es, nach den weitergehenden Folgen dieses Entwicklungsschubes zu fragen. Wenn man die gängigen und immer noch plausiblen Thesen der „halben Hegemonie“ (Ludwig Dehio) des Kaiserreiches ernst nimmt, dann fragt sich, ob nicht gerade die durch Bismarck wie den Liberalismus zum Teil antagonistisch und doch gleichermaßen beförderten – ungewollten und gewollten – Demokratisierungstendenzen den Nachbarstaaten das Kaiserreich sogar noch bedrohlicher erscheinen ließen, als wenn das Reich ein politisch und wirtschaftlich retardierter und schon dadurch domestizierter Staat gewesen wäre. Was nützte, so kann man fragen, die ganze Parlamentarisierung und Modernisierung im westlichen Sinn, wenn dies nur dazu beitrug, das Reich zwar pluraler, aber zugleich auch noch mächtiger und potenter zu machen, so dass es den Nachbarstaaten noch inkompatibler mit der europäischen Mächteordnung erscheinen ließ und die Balance Europas nach Ansicht seiner Nachbarn eher gefährdete als stärkte.<sup>68</sup> Mit anderen Worten: Hätte sich das grundsätzliche strukturelle Problem, als Machtstaat in der Mitte Europas als Störenfried zu erscheinen, überhaupt in Wohlgefallen aufgelöst, wenn sich das Reich noch weiter liberalisiert hätte?

Der Nationalökonom Eberhard Gothein wollte Bismarck zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mit dem „falschen Glorienschein des Mythos“<sup>69</sup> umgeben, was angesichts der damaligen Bismarck-Euphorie schon fast einer Majestätsbeleidigung glich. Er formulierte aber auch, dass man mit Bismarck wahrscheinlich „nie fertig“ werde: „Jeder gestaltet sich im Grunde von solchen Naturen eine eigene Biographie.“<sup>70</sup> Diese vor mehr als 100 Jahren ausgesprochene Erkenntnis gilt auch heute noch. Es ist daher begrüßenswert, dass Bismarck, der Liberalismus seiner Zeit und ihr facettenreiches Mit- und Gegeneinander wieder einmal neu beleuchtet werden, in dem Sinn,

66 Peter Hoeres: Antiliberalismus im „Krieg der Geister“. In: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 135-151.

67 Kroll: Geburt der Moderne (wie Anm. 54), S. 9.

68 Klaus Hildebrand: Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München 2008<sup>3</sup>, S. 1.

69 Eberhard Gothein: Bismarck in der inneren Politik, Heidelberg 1905, S. 24.

70 Eberhard Gothein: Bismarcks Jugend. In: Historische Zeitschrift 104 (1910), S. 322-341, hier S. 324. Zu Gotheins Bismarck-Bild siehe Michael Maurer: Eberhard Gothein (1853-1923). Leben und Werk zwischen Kulturgeschichte und Nationalökonomie, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 254-258.

wie Virginia Woolf ganz grundsätzlich festgestellt hat: „There are some stories which have to be retold by each generation.“<sup>71</sup>

71 Virginia Woolf: *The Essays of Virginia Woolf, Volume IV: 1925 – 1928*, hrsg. v. Andrew McNeillie, London 1994, S. 465.

